



## Niederschrift

22. Plenarsitzung des Gemeinderates  
24. März 2026, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 14 der Tagesordnung: Mitgliedschaft im Klimakommune Deutschland e.V. zur Fortsetzung der Auditierung im Klimaschutz sowie zum erneuten Erreichen der Auszeichnung mit dem internationalen European Energy Award in Gold**  
Vorlage: 2026/0059

## Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt zur Fortsetzung der Auditierung für den kommunalen Klimaschutz die Mitgliedschaft im Verein Klimakommune Deutschland e.V. und die Teilnahme am Programm „Klimakommune“.

## Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (25 JA-Stimmen, 19 Nein-Stimmen)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf.

Ich rufe auf TOP 14 Mitgliedschaft in Klimakommune Deutschland e.V. zur Fortsetzung der Auditierung im Klimaschutz nach Folge des Internationalen European Energy Awards und darf noch mal darauf hinweisen, dass es hier nach der Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit eine neue erweiterte Vorlage gab, die jetzt die Grundlage für die heutige Abstimmung ist.

**Stadträtin Klingert (GRÜNE):** Tue Gutes und rede darüber. Wir sind gut dabei beim Klimaschutz, denn auch wenn es uns selbst manchmal langsam erscheint, also mir zumindest, zeigt die European Energy Award in Gold, dass wir im Vergleich zu vielen, vielen anderen europäischen Städten ganz vorn mit dabei sind. Und genau diese Zertifizierung von der EEA wird nicht mehr durchgeführt, und deshalb stellt sich mit diesem Antrag die Frage, ob wir den dafür gegründeten Verein Klimakommune Deutschland, ob wir dem beitreten wollen und dadurch die Zertifizierung durchführen wollen. Hätte die EEA diese Zertifizierung nicht aufgegeben, dann würden wir heute hier drüber wahrscheinlich gar nicht diskutieren. Was bekommen wir denn dafür? Zum einen, wie eingangs gesagt, ist der Goldstandard ein wunderbares Aushängeschild für die Außenwirkung der Stadt, aber eben auch ein objektiver Vergleich mit anderen Städten in Europa und damit Ansporn zum Weitermachen. Aber wir bekommen mehr als das. Das EEA-Zertifikat ist auch ein Mittel der Qualitätssicherung

unserer Klimaschutzmaßnahmen, denn wenn man sich mal diesen Kriterienkatalog anschaut, dann wird da ein ganz umfassendes Maßnahmenbündel abgefragt. Und wir wollen ja auch sicher sein, dass wir das Richtige tun und deshalb an objektiven und standardisierten Kriterien uns messen lassen. Das stärkt uns auch den Rücken für die kommenden Jahre, in denen wir sicherlich von zwei Seiten in die Zange genommen werden. Zum einen die Low Hanging Fruit, die sind bald dann auch mal abgeerntet. Und auf der anderen Seite haben wir natürlich weniger Mittel im Stadtsäckel, als wir es uns erhoffen würden. Was die Kosten betrifft, sind sie mit knapp 6.000 Euro, da das Ganze vom Land stark gefördert wird, deutlich geringer, als es ursprünglich gedacht war. Im Haushalt waren 7.000 Euro dafür eingestellt. Wir Grünen denken, das Geld ist gut angelegt, und stimmen dem Antrag deshalb zu. Danke.

**Stadtrat Bunk-Merkel (CDU):** 2024 hat die Stadt Karlsruhe beim European Energy Award das Goldzertifikat bekommen. Das ist sehr gut und es ist erfreulich. Die Kollegin Dr. Klingert hatte es schon angesprochen. Es zeigt aber eben auch: Wir sind beim Klimaschutz auf einem guten Weg, und wir wissen, wo es lang geht. Und genau deshalb sind wir auch der Auffassung, dass es jetzt nicht sofort wieder eine neue, aufwendige und eben auch teure Auditierung braucht, sondern dass stattdessen alle verfügbaren Ressourcen besser in effektiven Projekten und eben tatsächlich wirksamen Klimaschutzmaßnahmen investiert sind. Es geht darum, dass wir jetzt erst einmal machen, und dann können wir in ein paar Jahren hier auch noch einmal darüber sprechen, ob diese Mitgliedschaft und eine erneute Auditierung dann Sinn machen, um uns zu zeigen, ob wir eben richtig vorangekommen sind oder ob wir vielleicht den eingeschlagenen Weg etwas ändern müssen. Aber aktuell wissen wir, worum es geht. In der aktuellen Haushaltssituation ist aus unserer Sicht jedenfalls kein Geld für eine Mitgliedschaft da. Wir sprechen immerhin noch über mehrere Tausend Euro pro Jahr plus die Personalressourcen, die dafür notwendig sind, um an der Auditierung überhaupt teilzunehmen. Kurz gesagt: Diese Mittel sind in konkreten Projekten besser angelegt, denn wir haben beim Klimaschutz schließlich kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Vielen Dank.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Ich muss zugeben, uns als SPD-Fraktion ging es vor der Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit ähnlich wie jetzt der CDU. Wir haben uns auch gefragt: Müssen wir denn jetzt wirklich in so einer Situation dieses Geld ausgeben, um diesem Verein beizutreten? Und es klingt irgendwie so ein bisschen, so ein bisschen, als würde man es machen, damit man sich dann die goldene Plakette ans Rathaus hängen kann und so. Aber das Schöne ist, dass wir einen Ausschuss haben und dass wir dort uns vorberaten können, sehr ausgiebig, auch mit sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern, mit den ExpertInnen aus der Verwaltung. Und das haben wir gemacht, und wir haben durch die Vorberatungen auch verstanden: Es geht eben nicht darum, dass wir uns irgendwo ein Zertifikat ausdrucken können auf Umweltpapier und dann an die Wand hängen, sondern es geht am Ende des Tages darum, ob wir Vergleichbarkeit herstellen können, ob wir messen können. Und gerade, wenn ich meinen Vorredner gehört habe, gerade wenn es darum geht, dass wir Ressourcen im Klimaschutz gezielt einsetzen wollen, dann müssen wir Vergleichbarkeit und Messbarkeit herstellen. Und auch das ist was, was wir gelernt haben in den letzten Jahren: Klimaschutzmaßnahmen sind nicht einfach zu messen. Ich kann nicht einfach rausgehen und mein CO<sub>2</sub>-Messgerät in die Luft strecken und sagen: „Jetzt habe ich also so und so viel weniger als das letzte Mal“, sondern es ist einfach hochkomplex. Es ist ein hochkomplexes Gebiet, und dafür brauchst du diese Vergleichbarkeiten, und dafür brauchst du auch gemeinsame Anstrengungen, um solche Messungen und

solche Vergleichbarkeiten herzustellen, eben gerade damit wir die Effizienz von solchen Maßnahmen besser beurteilen können. Und deswegen denken wir, dass es an dieser Stelle gut angelegtes Geld ist. Danke.

**Stadtrat Gaukel (Volt):** Klimaschutz und Klimaanpassung sind für jeweils mehr als 90 Prozent der Karlsruherinnen und Karlsruher wichtige Themen. Die am häufigsten für Karlsruhe befürchteten Folgen des Klimawandels sind Hitze und Dürre. Im Hinblick auf Vorsorgemaßnahmen für Extremwetterereignisse sehen die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere im Bereich Hochwasser, die alleinige oder hauptsächliche Verantwortung jeweils über 40 Prozent bei der Stadtverwaltung. Das ist ein Zitat aus der Vorlage von Tagesordnungspunkt 5, dem Sie vorhin auch alle zugestimmt haben und die Verwaltung beauftragt haben, mit ihren Fachämtern diese Umfrageergebnisse auch umzusetzen.

Hier, ja, es ist keine direkte Umsetzung, über welchen Tagesordnungspunkt wir jetzt reden, aber eben die Vergleichbarkeit, das Monitoring-Ergebnis und vor allem auch das Netzwerk, um sich mit anderen Städten, die vielleicht ebenfalls den Goldstatus haben oder eben sehr gut sind, sich auszutauschen. Wo haben wir noch Nachholbedarf, in welchen Bereichen, wo gibt es die Best Practices, die wir uns anschauen können, um so auch vielleicht Maßnahmen günstiger umzusetzen? Von daher von uns auf jeden Fall in Zustimmung, hier drin zu bleiben. Und hier auch noch mal, Herr Bunk-Merkel, manchmal frage ich mich dann schon, warum wir Vorberatungen machen, wenn Punkte, die Sie dort aufgreifen, von der Verwaltung widerlegt werden und Sie es noch mal machen. Weil Sie nehmen jetzt wieder das Audit vor, ob wir dafür Geld machen möchten. Wir reden jetzt nicht über das Audit, es geht nur um die Mitgliedschaft. Ob wir dann die Kosten und den Verwaltungsaufwand für das Audit machen, das werden wir erst zu einem späteren Zeitpunkt und auch in einem späteren Doppelhaushalt entscheiden. Hier geht es also nur um die Mitgliedschaft auf den Zugriff zum Netzwerk, zu den Daten, und, genau, das möchte ich hier noch mal klarstellen. Und das wurde ja auch von der ersten Rednerin schon gesagt, das sind Kosten, die sind im Haushalt drin, sie sind im Haushalt sogar höher eingeplant, als sie jetzt sind. Und es ist nur noch mal eine Vorlage, weil sich eben dieser Verein jetzt geändert hat und es deswegen noch mal ausgelöst werden müsste. Wir haben das schon entschieden, dass wir dies machen wollen, auch in diesen beiden Jahren, von daher sollten wir danach bleiben. Wenn wir es wirklich ernst nehmen und sparen wollen und auch Sachen hinterfragen, die vielleicht schon entschieden wurden, in einem Haushalt stehen, dann erinnere ich Sie da gerne im nächsten Tagesordnungspunkt noch mal dran. Vielen Dank.

**Stadtrat Schnell (AfD):** Karlsruhe war bereits im European Energy Award System aktiv. Somit wäre eine Mitgliedschaft in der Klimakommune Deutschland e.V. praktisch nur ein Nachfolgekonstrukt. Brauchen wir das? Nein, es war bereits bis jetzt und es ist auch in Zukunft überflüssig. Wir sagen Nein, denn es handelt sich um ein reines Labelsystem ohne echten Nutzen. Es dient letztendlich nur dem Marketing für eine reine Symbolpolitik, die für die Karlsruher Bürger keinen echten Mehrwert bringt und auch hinsichtlich der Aspekte Infrastruktur, Sicherheit oder Lebensqualität keinen direkten Nutzen bietet. Da für die Teilnahme Audits und Maßnahmenprogramme und regelmäßige Kontrollen unter Einbeziehung externer Berater erforderlich sind, bedeutet dies zum einen weiteren Mehraufwand für unsere Verwaltung, die bereits heute unter einer Vielzahl von Aufgaben ächzt und für die wir gerade einen Einstellungsstopp verabschiedet haben. Ungeachtet dessen, dass wir das jetzt heute nicht für die Audits machen, das ist nur der konsequente Schritt, wenn wir hier bei diesem Verein mitmachen, dass wir die dann auch machen würden. Und zum

anderen würden wir damit eine weitere Kostenkette eröffnen, die nicht nur aus den 8.000 Euro betragenden Mitgliedsbeitrag besteht, auch wenn wir das ein bisschen bezuschusst kriegen, das sind auch Steuergelder, sondern zusätzlich über den Daumen 10.000 Euro fürs Auditing alle vier Jahre beinhalten. Und wie die Stadt in ihrer Vorlage schreibt, stehen die Kosten noch nicht abschließend fest. Das ist letztendlich schlicht ein Einstieg in eine Kostenspirale, deren Ende nicht abzusehen ist. So etwas kennen wir in Karlsruhe und bereits zur Genüge, ich sage da nur: Stadthalle.

Übrigens, wenn Sie im Ratsinformation nach dem Wort „außerplanmäßig“ suchen, bekommen Sie 168 Treffer. Und wenn wir mal einen Blick auf das Businessmodell dieses Vereins werfen, stellen wir fest: Der Laden definiert eine ideologisch einseitig ausgerichtete Aufgabenstellung für ein von ihm selbst ausgedachtes Problem und verkauft dazu dann eine Lösung, die sich an einer solchen Nabelschau interessierte Kommunen richtet. Die dürfen dann dreifach dafür bezahlen, mit Mitgliedsbeiträgen, mit zusätzlichen Kosten für Beratung und schließlich für das Zertifizierungssystem. Nein, meine Damen und Herren, das sollten wir uns im besten Wortsinn ersparen. Die AfD lehnt deshalb diese Vorlage ab. Danke.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR):** Ich spreche wieder für die drei Fs, FDP, Freie Wähler, Für Karlsruhe. Also ich freue mich echt, wenn ich in einer Zeitung Frau Lisbach sehe und ihr wird irgendwas verliehen. Das gefällt mir, wenn Karlsruhe geehrt wird. Aber es ist, glaube ich, jetzt nicht die Zeit, sich für etwas ehren zu lassen. Und ich glaube, die Mitgliedschaft allein reißt es auch nicht raus. Also wenn, macht ja die Auditierung und der Award, die Teilnahme nur Sinn. Und ich frage mich halt, die Stadt, die Verwaltung hat mir auf die Frage gesagt, wie viele Anteile kostet denn das die Verwaltung selber? Also eine Sache sind die Mitgliederbeiträge, auf der anderen Seite: Wie viel zahlen wir selber? Wir müssen ja Menschen beauftragen, die Fragen zu beantworten. Da hat es geheißen: eine Drittelstelle, Vollzeitstelle, eine Drittel Vollzeitstelle. Das ist das Vielfache von dem, was wir hier angeben, was diese Mitgliedschaft kostet. Von der Seite her müssen wir uns ehrlich machen an der Stelle. Wir haben das Geld wirklich nicht. Also eine Drittelstelle, wo wir Stellen nicht frisch besetzen und dann in dieser Weise agieren. Das passt einfach nicht zusammen. Deswegen müssen wir das ablehnen. Danke schön.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Eine mehrheitliche Zustimmung. Vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
7. April 2026